

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVI/212

5. November 1971

Die Problematik der Opposition

Findet die Union einen Ausweg aus der
"Heinsager"-Position?

Von Herbert Wehner MdB
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag
Seite 1 und 1b / 65 Zeilen

Friedenspolitik und Bundeswehr

Eine Klarstellung zu einem aktuellen Problem.

Von Peter Schulz
Erster Bürgermeister und Präsident des Senats
der Freien und Hansestadt Hamburg
Seite 2 / 51 Zeilen

Käte Stöbel hat Recht behalten

Der Kampf gegen Rauschgift wird "hart"

Von Dr. Hermann Schmitz-Weckenlaender MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages
Seite 3 / 36 Zeilen

Dokumentation im SPD-Pressediens

"Was ist Maoismus?"

Seite 4 bis 6 / 248 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 3, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 526 848/008 847
606 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112. Telefon: 7 66 11

Die Problematik der Opposition

Findet die Union einen Ausweg aus der "Neinsager"-Position?

Von Herbert Wehner MdB

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Richard Stücklen, hat in der "Augsburger Allgemeinen Zeitung" einen Beitrag veröffentlicht, von dem zumindest der Mittelteil eine Antwort verdient. Über den Anfang mit der selbstgefälligen Behauptung, die Union habe niemals eine Politik der totalen Konfrontation betrieben, will ich nicht rechten. Es ist ja möglich, daß dem Abg. Stücklen jener Beitrag seines Parteivorsitzenden im "Bayernkurier" unter der Überschrift "Ich sage Nein!" nicht gefallen hat und auch nicht seine Rede vor dem CSU-Parteitag, in der er sein totales "Nein" sinngemäß - und damals assistiert von Dr. Kainel - noch einmal wiederholt hat. Ich will auch nicht rechten über seine Polemik am Schluß des Aufsatzes. Wenn ich da eine Gegenrechnung aufmachen würde, gerade bei der CSU, sie würde sehr lang werden.

Interessanter ist - wie gesagt - der Mittelteil der Ausführungen Stücklens, in dem es heißt: "Entscheidend für das Verhalten der Opposition muß das sachliche Argument sein. Soweit die Regierung das Richtige macht, muß ihr auch die Opposition zustimmen. Sofern sie etwas Zweifelhafte oder Unrichtiges tut, ist es die Pflicht der Opposition, dies klar und eindeutig zu sagen und nach Möglichkeit zu verhindern."

Dazu ist zunächst zu fragen: Wer entscheidet denn, was richtig oder was unrichtig ist? Es kann ja niemand Unrichtigkeit für sich in Anspruch nehmen. Jeder kann sich wohl nur nach dem richten, was er für richtig oder unrichtig hält.

Aber ich will gar nicht bekwessern, sondern die These des Abg. Stücklen sachlich aufgreifen: Sein Bekenntnis zum sachlichen Argument als Prüfstein eigenen Verhaltens. Das nehme ich ernst und ich hoffe, daß auch alle auf der anderen Seite diesen Maß-

ruf die Kollegen Stücklen ernst nehmen. Die weitere Frage ist dann: Bräut das aus? Reicht es schon für eine Opposition, nur "dagegen" zu sein, etwas "zu verhindern", oder müßte nicht vielleicht eine Opposition hinzufügen, was denn nach ihrer Meinung geschehen sollte, wie sie die Politik anlegen, treiben, zum Erfolg führen würde?

Schöne sich die Union darauf beschränkt, zu erklären, wie sagen nicht zu allem und jedem nein, sondern nur zu dem, was ihr nicht gefällt, solange wird sie sich auch nicht aus dem Ruch befreien können, was sie als Alternative zur Regierungspolitik zu bieten hat, das das "Nein". Die Antwort auf die Frage des Wählers "Was will die Union?", lautet dann eben: "Nicht das, was die Regierung will" - das ist nichts. Und nichts! Das ist zuwenig für eine so große und - wie ich gern zugebe - in der Vergangenheit in mancher Hinsicht verdienstvolle Partei.

Die Probe aufs Exempel zeigt sich gleich im nächsten Absatz des Inhalts des Abg. Stücklen: der der Außenpolitik oder dem, was er dann "Deutschland- und Ostpolitik" nennt, gewidmet ist. Er polemisiert gegen die Herrschaft der sowjetischen Bajonette über die Länder Osteuropas, aber er sagt nicht, wie denn die Union diesen Zustand ändern möchte. Auch der Abg. Stücklen kann nicht an der Tatsache vorbeisuchen, daß zu Zeiten der CDU/CSU-Regierungen die Teilung Deutschlands nicht aufgehoben wurde, sondern sich verhärtet hat. Auch der Abg. Stücklen kann nicht übersehen, daß sich die Haltung der Opposition im Widerspruch befindet zur Politik aller NATO-Länder, die ihre Haltung im Kommuniqué von Lissabon niedergelegt haben und da Sicherheit und Freiheit der Bundesrepublik Deutschland entscheidend gegründet sind auf das westliche Bündnis, kann diese in das Bündnis eingebettete und von ihm mitgetragene Politik nicht gegen Sicherheit und Freiheit der Bundesrepublik verstoßen, wie der Abg. Stücklen meint. Diesen Bruch aufzuklären, bleibt er uns leider schuldig.

Ich möchte gern noch einmal erinnern an das Wort des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung, weil ich die Hoffnung nicht aufgeben will, daß es einmal auf der anderen Seite des Bundestages verstanden wird, und daß es dort eine Antwort findet an das Wort von "sachlichen Gegeneinander und nationalem Miteinander". Für sachliches Gegeneinander ist das "Nein" zu wenig, für das nationale Miteinander erst recht. (-/ex/5.11.1971/hgy)

Friedenspolitik und Bundeswehr

Eine Klarstellung zu einem aktuellen Problem

Von Peter Schulz

Erster Bürgermeister und Präsident des
Senats der Freien und Hansestadt Hamburg

Zum ersten Mal seit Beginn eines eigenverantwortlichen Handelns deutscher Regierungen ist neben das Ziel einer Festigung der Freundschaft mit dem Westen das zielstrebige und aufrichtige Bemühen um Verständigung mit dem Osten getreten. Wir haben Hoffnung, daß der Friede in Europa sicherer wird, wir glauben, daß er schon heute sicherer als in der Vergangenheit ist. Einige meinen, dies sei nun der Zeitpunkt, den Auftrag der Bundeswehr oder ihre Existenz in Frage zu stellen. Wer das sagt, will entweder bewußt die äußere Sicherheit der Bundesrepublik schwächen oder aber er vermag nicht zu erkennen, daß die Politik der Friedenssicherung unserer Bundesregierung und eine intakte, ihres Auftrags bewußte Bundeswehr innerhalb eines funktionierenden Bündnisses - von der Sowjetführung übrigens noch im Kommuniqué von Cremona un- zweideutig anerkannt - sich gegenseitig bedingen. Eindämmung des Wettrüstens, Abbau der militärischen Konfrontation führen über den mühseligen und komplizierten Weg einer gegenseitigen und ausgewogenen Truppenverminderung, wobei die Begriffe gegenseitig und ausgewogen untrennbar miteinander verknüpft sind, soll in einer von Mißtrauen und Krisenherden erfüllten Welt das ganze große Vorhaben nicht an Unüberlegtheiten scheitern.

Die jungen Wehrpflichtigen stehen überwiegend in jenen Lebens- jahren, in denen Zwang und Begrenzung des Freiheitsraumes als be- sonders lästig empfunden werden; ich habe dafür durchaus Verständ- nis. Sie sehen sich eingeeignet von strengen konfliktschaffenden Gren- zen. Sie sollten aber dies bedenken: Die Freiheit, die sie auf Zeit vermissen, ist die Freiheit aller Bürger in diesem Staat. Aus dem Auftrag, diese Freiheit dauerhaft zu schützen und zu bewahren, er- gibt sich die Notwendigkeit, den persönlichen Freiheitsraum des Sol- daten zu begrenzen. Mir ist auch klar, daß viele unter den Wehr- dienstpflichtigen zunächst einmal schlicht überfordert sind bei der Aufgabe zu begreifen, daß man in den Monaten bei der Bundeswehr Dinge lernen und Handgriffe beherrschen können muß, auf deren Nicht- anwendung im Ernstfall der Wille der Überwiegenden Zahl der Men- schen und die Politik der Bundesregierung gerichtet ist. Ich meine die Technik der Kriegsführung und die Bereitschaft zur Gewaltan- wendung.

Staat und Gesellschaft müssen ihrerseits Verständnis für die Lage und die Aufgabe der Soldaten haben. Dazu möchte ich aus Über- zeugung sagen, daß die Bundeswehr eine "Hurra-Beziehung" gar nicht wollen kann. Es muß ihr erheblich mehr an einem sachlich-soliden Verhältnis gelegen sein.

(-/ex/5-12-1974/bcy)

+ + +

Käte Strobel hat Recht behalten

Der Kampf gegen Rauschgift wird "hart"

Von Dr. Hermann Schmitt-Weckenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Die Bundesgesundheitsministerin hat mit ihrer festen Haltung in der Frage des Verbots von Haschisch und LSD viel Unheil verhütet. Inzwischen müssen auch diejenigen, die damals Frau Strobel angegriffen haben, einssehen, wie berechtigt die von ihr eindringlich vorgebrachten Warnungen waren und sind. Frau Strobel hat mit ihrer Haltung ein Beispiel dafür gegeben, daß sich eine auf nüchterne Überlegung beruhende Festigkeit für einen Politiker und für die, denen die Politik dienen soll, auszahlt.

Es ist auch nicht bei bloßen Worten geblieben. Um den bedrohlich ansteigenden Mißbrauch von Drogen wirkungsvoller als bisher bekämpfen zu können, hat die Bundesregierung vielfältige Maßnahmen ergriffen. Sie reichen von verstärkter und gezielter Aufklärungsarbeit über die Förderung von Modellversuchen auf den Gebieten der Beratung und ambulanten Behandlung bis hin zu den inzwischen vom Bundestag verabschiedeten gesetzlichen Regelungen, die einerseits verschärfte Strafen für Rauschgift Händler und zum anderen gezielte soziale Hilfen für Rauschgiftsüchtige vorsehen.

Ein angesehenen Publizist hatte damals die Warnungen vor einer Haschisch-Welle mit der Bemerkung abgewertet: "Rauschgift ist ein Bürgerschreck." Haschisch, so meinte er, habe im Gegenteil viele begrüßenswerte Wirkungen: Es mache friedlich und es erweitere das Bewußtsein über das hinaus, was wir "normales Bewußtsein" nennen. Verfolgt würden diese wohltätigen Drogen nur, weil im Westen aus wirtschaftlichen und militärischen Gründen erwünscht sei, daß die Menschen ihre Aggressivität behielten. Überhaupt sei Haschisch gar kein Rauschgift, ebenso wenig wie LSD. Im Übrigen seien die "bewußtseinserweiternden Drogen" die "unschädlichsten aller Drogen". Deshalb solle man diese Drogen ruhig freigeben. In einer vielbeachteten Fernsehdiskussion legte er es schließlich darauf an, die erneut vor einer Verbreitung von Haschisch warnende Ministerin als altnodisch erscheinen zu lassen.

Vertrauen wird auf die Dauer nur der Politiker gewinnen und bewahren können, der sich verantwortungsbewußt durch nachgerechte Entscheidungen darum bemüht, Fortschritte zu erzielen und irreparable Schäden zu verhindern. Auch in der Politik gilt, daß man sich von modischen Eskapaden nicht beirren lassen darf.

(-/ex/5.11.1971, bcy.

+ + +

Dokumentation im SPD-Pressedienst

"Was ist Maoismus?"

Diese selbstgestellte Frage wurde vom zuständigen Referat der SED-Führung am 25. Oktober in der offiziellen Militärwochenzeitung "Volksarmee" beantwortet. Wir geben den Text trotz seiner Länge wörtlich und mit den Original-Zwischenzeilen wieder, weil er SED-offiziellen Aufschluß über ein Kardinalproblem der östlichen Welt gibt, das auch Einfluß auf unseren politischen und Kulturbereich ausübt.

"Seit Ende der 50er Jahre und seit Beginn der 60er Jahre sind in der VR China zunehmend politische Kräfte mit einer besonderen, mit dem Leninismus unvereinbaren politisch-ideologischen Plattform zu den Grundfragen des internationalen Lebens und der kommunistischen Weltbewegung hervorgetreten (L.M. Breshnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU). Sie treten auf mit einer militanten anti-sowjetischen Stoßrichtung, mit der Orientierung auf die Herauslösung Chinas aus dem sozialistischen Weltsystem, mit einer pragmatisch-subjektivistischen Linie in der Innen- und Außenpolitik. Diese politische und ideologische Strömung, die allgemein als Maoismus bezeichnet wird, erklärte der IX. Parteitag der KP Chinas im April 1969 zur offiziellen Politik eines der größten Länder der Erde.

Großmachtchauvinistische Ziele

Das bestimmende Element im Wesen des Maoismus ist der Großmachtchauvinismus. Daraus ergeben sich die anderen wesentlichen Merkmale dieser politisch-ideologischen Strömung. Im alten China war die herrschende Weltanschauung u.a. durch den Gedanken geprägt, daß alles, was sich unter dem Himmel befindet, d.h. die gesamte Erdoberfläche, eigentlich das Reich der Chinesen sei. Aus dem Umstand, daß die Kultur der Chinesen tatsächlich der ihrer Nachbarn weit überlegen war, wurde gefolgert, daß die anderen Völker Barbaren wären, die die Maßstäbe der chinesischen Kultur zu übernehmen hätten.

Der Maoismus ist ein kleinbürgerlich-chauvinistischer Versuch, diese Vorstellung, die eine reine Illusion war, unter anderen historischen Umständen nach einer Periode der nationalen Demütigung durch die imperialistischen Mächte doch zu verwirklichen. Zu diesem Zweck soll China ein starkes und mächtiges Land werden.

Die soziale und ökonomisch-technische Rückständigkeit Chinas bildet in Verbindung mit ihr entsprechenden politischen, ideologischen und kulturellen Traditionen die objektive Grundlage des Maoismus. Natürlich führte die Rückständigkeit des Landes nicht automatisch und gesetzmäßig zum Maoismus. Aus den objektiven Faktoren Chinas ergab sich lediglich die Möglichkeit für die Ent-

wicklung und Ausbreitung des Maoismus. Daß es tatsächlich dazu kam, hängt mit der Entwicklung subjektiver Faktoren, mit den besonderen Kampfbedingungen der Kommunistischen Partei Chinas zusammen.

Die Tatsache, daß der Kampf der KPCh besonders nach 1927, nach der weitgehenden Zerschlagung des proletarischen Kerns der Partei, in erster Linie in militärischer Form stattfand, begünstigte die Unterordnung des Parteilebens unter militärische Prinzipien. Dieser Kampf vollzog sich in besonders rückständigen Agrargebieten weitab von den großen Städten und Industriesezonen und damit getrennt von den Konzentrationspunkten des Proletariats sowie in relativer Isolation von der internationalen kommunistischen Bewegung. Dieser Umstand beeinflusste in starkem Maße die soziale Zusammensetzung der Partei. Die 'Rote Armee' war unter jenen Bedingungen eine Bauernarmee; deren Kämpfer z.T. Analphabeten waren. Diese und ähnliche Faktoren führten in ihrem Zusammenswirken dazu, daß sich in later Periode, als sich die Führung der Partei fernab von der Welt in den Lösshöhlen von Yünan (Provinz Shenxi) befand (1935-40), der Maoismus als eine von ihrer sozialen Wurzel her kleinbürgerlich-kleinbäuerliche politisch-ideologische Linie herauszubilden begann.

Das langfristig angestrebte Ziel des Maoismus ist eine Weiterführung mit China als Zentrum, die Schaffung des rechtspolitischen Übergewichts Chinas in der Welt. "China ist das Zentrum der Welt", konnte man zu Beginn des Jahres 1966 in der chinesischen Presse lesen. "China wurde nicht nur zum politischen und ökonomischen Zentrum, sondern auch zum kulturellen Zentrum. In der ganzen Welt ist es das einzige seiner Art. Künftig wird sich auch das Zentrum der Wissenschaft und Technik nach China verlagern."

Die chinesische Führung versucht, ihren Großmachtchauvinismus hinter der Propagierung einer Messiasfunktion zu verbergen, die China angeblich für die Welt zu erfüllen habe. So ließ es im Leitartikel der Pekinger 'Volkszeitung' zum Jahreswechsel 1969/70: "Unter der Leitung unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, können unsere große Partei, unser großes Volk und unsere große Armee bestimmen die historische Mission erfüllen, die die Geschichte uns übertragen hat. Wir werden die Hoffnung, die die Völker der Welt in uns setzen, bestimmt nicht enttäuschen".

Zur Verwirklichung ihrer großmachtchauvinistischen Ziele versucht die chinesische Führung, die revolutionäre Weltbewegung in ein Instrument ihrer Politik zu verwandeln. So wollte sie mit ihrem "Vorschlag zur Generallinie für die internationale kommunistische Bewegung" (1963) die kommunistischen und Arbeiterparteien auf ihre hegemonistischen Positionen festlegen. Da dieser Versuch eine Abfuhr erteilt wurde, gingen die Pekinger Führer zu einer massiven Spalterpolitik gegen die kommunistische Weltbewegung über. Die Maoisten beabsichtigen zugleich, bestimmenden Einfluß in der nationalen Befreiungsbewegung zu gewinnen und diese vom sozialistischen Weltsystem zu isolieren. Aus diesem Grunde propagierten sie - besonders in der Zeit nach 1965 - den Kampf der 'Armen gegen die reichen Länder' (das 'Weltdorf-Weltstadt'-Konzept), ebenso die These vom 'Völkerkrieg', vom langwierigen

Partisanenkrieg nach dem Muster der chinesischen Revolution ohne Rücksicht auf die konkreten Bedingungen:

Antisozialistisch und antisowjetisch

Die Sowjetunion als Hauptkraft des sozialistischen Welt-systems und die KPdSU als Avantgarde der kommunistischen Bewegung sind das größte Hindernis bei dem Versuch der Peking-Führer, die revolutionäre Weltbewegung in ein Werkzeug ihres Großmachtchauvinismus zu verwandeln. Darum ist der Antisowjetismus zur Hauptkomponente der maoistischen Politik geworden. Dies fand seinen krassesten Ausdruck in den bewaffneten Grenzprovokationen gegen die UdSSR. Das Statut der KP Chinas vom 14.4.1969 erklärte den Antisowjetismus ausdrücklich zur offiziellen Linie der maoistischen Partei. Angesichts der internationalen Rolle der Sowjetunion als Pionier des gesellschaftlichen Fortschritts und als stärkste Kraft des Sozialismus und des Friedens riß sich der Antisowjetismus der Peking-Führer genau genommen gegen die gesamte sozialistische Gemeinschaft und die gesamte kommunistische Bewegung. In der Haltung zur Sowjetunion und zur internationalen kommunistischen Bewegung offenbart sich das antikommunistische Wesen des Maoismus. Indem die Maoisten die Sowjetunion angreifen, greifen sie alle revolutionären Kräfte in der Welt an. Sie spielen mit ihrer Politik den Imperialismus in die Hände.

Die Peking-Führer betrachten die internationale Situation nicht von klassenmäßigen Positionen, von den Positionen des proletarischen Internationalismus sondern allein unter imperialen machtpolitischen Gesichtspunkten. Dies zeigt sich auch in ihrer Abichnung der historischen Rolle des sozialistischen Weltsystems. Das drückt sich ebenso in der Losung vom "Kampf gegen die lokalen Supermächte" womit die Sowjetunion und die USA gemeint sind. Damit will sich die chinesische Führung als Schutzpatron der kleinen Staaten aufspielen mit dem Ziel ihre eigene Basis in der internationalen Politik zu erweitern. Sie ist so besrebt den Grundwiderspruch unserer Epoche, den im Weltmaßstab bestehenden Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus, durch den "Kampf gegen die beiden Supermächte" zu ersetzen.

Dabei ist die gegenwärtige chinesische Politik strategisch in erster Linie gegen die UdSSR und erst in zweiter Linie gegen den USA-Imperialismus gerichtet.

Idealistisch und antihumanistisch

Für die Verwirklichung der großmachtchauvinistischen Ziele der Maoisten soll China einen gewaltigen Sprung nach vorn vollziehen. Dabei versuchen die Maoisten, den Mangel an technischen Produktivkräften und finanziellen Mitteln durch die Überbetonung des Willens, der geistigen Antriebe des Menschen, auszugleichen. Die "Subjektive Fähigkeit der Menschen" soll auf der Grundlage der Ideen Mao Tse-tungs voll entwickelt werden, um die "begrenzten materiellen Verhältnisse zu großer Wirkung zu bringen" (Hongji 4/70). Es wird der Gedanke propagiert, daß die "ideologische Revolutionierung" der Menschen auf dieser Grundlage keine Grenzen

kenne ('Peking Rundschau' 31/1970, S. 18).

Das gesellschaftliche Bewußtsein wird willkürlich von seiner materiellen Grundlage getrennt, es wird der materiellen Grundlage des gesellschaftlichen Lebens übergeordnet und als eine Kraft angesehen, die unabhängig von den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen diese beliebig zu bestimmen vermag. So hieß es in der Pekinger 'Volkszeitung' am 21. Dezember 1968: 'Es gibt 1.000 Veränderungen, es gibt 10.000 Veränderungen, die Veränderung des menschlichen Bewußtseins ist die grundlegendste Veränderung.'

Hier offenbart sich der idealistische Charakter des Maoismus. Damit ist verbunden, daß der Maoismus seine eigene gesellschaftliche Rolle maßlos überschätzt, verabsolutiert. Die Maoisten propagieren den Gedanken, daß die Menschen ohne Rücksicht auf die konkreten materiellen Lebensumstände zur Verwirklichung der maoistischen Lebensweise angehalten werden können. Damit ist ihre bedingungslose Unterordnung unter den großmachtchauvinistischen Kurs der chinesischen Führung gemeint.

So wird das chinesische Volk zum bloßen Instrument dieser Politik degradiert. Dies wird u.a. durch die Formulierung Mao Tse-tungs illustriert, das chinesische Volk sei das saubere Blatt Papier, auf welchem man 'die neuesten und schönsten Wörter schreiben, die neuesten und herrlichsten Bilder malen kann'. Damit wird die Allmacht der maoistischen Führung gepriesen. Gerade dadurch erhielt der Maoismus Merkmale einer Religion, was sich besonders im Personenkult um Mao Tse-tung zeigt. Für den Maoismus ist das Volk, die Befriedigung seiner materiellen und kulturellen Bedürfnisse, nicht Ziel der Politik. Das Volk ist für die Maoisten nur Mittel zum Zweck, Instrument zur Verwirklichung ihrer großmachtchauvinistischen Ziele.

Die Politik der Maoisten führte zur Errichtung einer militärbürokratischen Diktatur über das Volk und zur politischen Entrechtung der Arbeiterklasse. Wie die bisherige Entwicklung zeigt, sucht die maoistische Führung zu verhindern, daß die chinesische Arbeiterklasse ihre historische Mission des Auf-

